

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/198

Bonn, den 17. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Anhaltendes Echo

46

Deutschlandpolitik und die Unionsparteien

2 - 3

Herdsärmelige "Demokratie"

87

Zu den Beratungen des bayerischen Volksschulgesetzes  
im Verfassungsausschuß

Von Klaus Helfer

4

Bonner Geschenke

48

Die traurige Historie  
von der gesundheitsministeriellen Schifffahrt...

Von Dr. Udo Hein, MdB

5 - 6

Auf Kosten Chinas

68

Moskau will seinen Einfluß im Mittleren Osten stärken

Von unseren Korrespondenten in Israel, J.E. Palmon

Anhaltendes Echo

Deutschlandpolitik und die Unionsparteien

sp - Es fällt den Unionsparteien äusserst schwer, zu den Deutschlandüberlegungen des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner eine Position der Sachlichkeit und des gebotenen Ernstes zu beziehen. Sie sind dabei, den verhängnisvollen Fehler zu wiederholen, den sie nach dem 30. Juni 1960 begingen und dessen Folgen heute für alle erkennbar sind. Am 30. Juni jenes Jahres, des Jahres vor der Errichtung der Mauer, beschwor Herbert Wehner die damals von den Unionsparteien allein getragene Regierung, doch die Zeichen der Zeit zu sehen und in eine Bestandsaufnahme der deutschen Politik einzutreten, um alle Energien auf offensive Vorstösse in der Deutschlandpolitik und auf die Abwehr der die Bundesrepublik bedrohenden Gefahren zu konzentrieren. Es war das Jahr der letzten Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland. Seitdem hat die Deutschlandfrage noch mehr in der globalen Strategie der Weltmächte an Gewicht abgenommen, sie wurde durch andere, die Russen und die Amerikaner bedrückende Sorgen und Zielsetzungen verdrängt.

Herbert Wehner erntete damals für sein Angebot Spott und Hohn, die Unionsparteien glaubten mit Hochmut darüber hinweggehen zu können. Sie hatten noch atlantischen Wind in ihren Segeln oder glaubten ihn zu haben. Seitdem sind 6 Jahre vergangen. Die Position der Bundesrepublik im Spiel der Weltmächte ist schwieriger geworden. Die Annäherung zwischen der USA und der Sowjetunion macht greifbare Fortschritte, darüber kann es auch nach der letzten Rede des sowjetischen Parteichefs Breschnew keine Täuschung geben. Die Konfrontation der beiden Weltmächte verliert ihre Schärfe; die Suche nach Koexistenz und Übereinstimmung auf weiten Gebieten bestimmt die Verhaltensweisen der beider Supermächte. Sie steht unter dem überragenden Motto der Organisation eines gesicherten Weltfriedens.

Für die Unionsparteien bricht anscheinend eine Welt zusammen. Sie wissen auf eine sich veränderte Weltlage keine Antwort, sie tappen im Dunkeln. Jene, die sich um Antwort aus der Sorge um die Erhaltung der Substanz unseres Volkes bemühen, werden frevelhaft als Phantasten und Spintisierer abgetan. Wahrhaft eine bequeme Methode, das eigene Unvermögen zu verbergen! Sie verurteilt, bliebe es dabei, die deutsche Politik zur Sterilität und sie ermuntert alle Kräfte in der Welt, die deutsche Frage von der weltpolitischen Tagesordnung abzusetzen. Wir sind nahe daran.

Die Unionsparteien verfügen heute, 6 Jahre nach der letzten Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland, über keine in die Zukunft weisende Deutschlandpolitik. Was sie heute noch auf diesem Gebiet aufzuweisen haben, trägt den Stempel des Gestrigen; man versucht, sich mit Phrasen zu helfen. Darin liegt der Kern des Übels.

Ein Gutes hat das anhaltende die Nation aufwühlende Echo auf Wehners Deutschlandüberlegungen - sie sind kein perfekter Plan, sie sind ein für Korrekturen offengehaltenes Konzept - ; die Auseinandersetzungen, die darüber entbrannt sind, berühren die Grundfragen unserer Existenz, und das wird vielen bewusst. Es dürfte den Unionsparteien nicht gelingen, diesen erregenden Tatbestand durch Wortgeschwall zu vernebeln.

### Hemdsärmelige "Demokratie"

Zu den Beratungen des bayerischen Volksschulgesetzes  
im Verfassungsausschuss

Von Klaus Helfer

Die bayerische Staatsregierung stützt sich auf eine absolute Landtagsmehrheit der CSU und hat es noch nie für nötig gehalten, bei der Ausnutzung dieser Machtposition besonders pingelig zu sein. Die Art und Weise allerdings, mit der sie gegenwärtig jede sachliche Diskussion des von Kultusminister Huber vorgelegten Volksschulgesetzes in den Ausschüssen niederwalzt, dürfte auch im bayerischen Parlamentarismus ohne Vorbild sein. Die Regierungspartei hat sich selbst und das ganze Parlament im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen unter einen der Bedeutung dieses Gesetzes völlig unangemessenen Zeitdruck gesetzt. Sie spekuliert dabei auf den in der Vergangenheit allerdings erfolgreich angesprochenen Respekt des bayerischen Wählers vor jener rustikalen Hemdsärmeligkeit, die in der übrigen Bundesrepublik ebenso häufig wie unverdientermassen zu den Eigenarten des politischen Stils südlich der Main-Linie gezählt wird. Ob diese Spekulation auch diesmal Erfolg hat, werden die Wahlen zeigen. Dass die bornierte Haltung der bayerischen CSU aber in der Sache unermesslichen Schaden anrichten wird, kann jetzt schon gesagt werden.

### Verfälschung des Elternwillens

Die Sache: Das ist in diesem Fall nicht nur die künftige Entwicklung des bayerischen Schulwesens sondern der Respekt vor den Spielregeln der Demokratie überhaupt. Beiden haben die Vertreter der CSU im Rechts- und Verfassungsausschuss des bayerischen Landtags mit ihrer Haltung zu den Modalitäten der Elternabstimmungen einen Bärendienst erwiesen.

Der Gesetzentwurf der Regierung sieht vor, dass für Orte mit bekenntnisförmig gemischter Bevölkerung durch "geheime Abstimmung" der Erziehungsberechtigten christliche Gemeinschaftsschulen errichtet werden können. Im Zuge der Landschulreform gewinnt diese - im übrigen seit jeher durch die bayerische Verfassung gegebene - Möglichkeit erhöhte Bedeutung. Völlig im Einklang mit Verfassung und Konkordat könnten auf diese Weise schwierige Probleme bei der Zusammenlegung unzureichend gegliederter Schulen beider Bekenntnisse vielfach in vernünftiger Weise gelöst werden - wenn man dies ernsthaft will.

Die CSU und ihr Kultusminister aber wollen dies keineswegs. Sie befürchten im Gegenteil, dass das so oft beschworene "Elternrecht" nicht immer im Sinne ihrer Vorstellungen ausgeübt werden könnte und möchten solch frevlerischen Missbrauch einen Riegel vorschieben. Nach der Regierungsvorlage soll deshalb eine beantragte christliche Gemeinschaftsschule (vorseorglich hat man auch die Zahl der benötigten Antragsteller von 5 auf 25 erhöht) nur dann errichtet werden, "wenn

sich die Mehrheit der Erziehungsberechtigten für diese Schulart entscheidet". Der Trick ist beinahe genial. Wer wollte den Gesetzgeber Missachtung demokratischer Spielregeln vorwerfen, wenn sie die - von ihm auch so demokratisch eingeführte - "geheime Abstimmung" deshalb als ein Schlag ins Wasser erweist, weil ihr die Mehrheit der Erziehungsberechtigten aus Bequemlichkeit, Desinteresse oder Verhinderung einfach fernbleibt? Dennoch: Wo kämen wir hin, wenn auch bei anderen Gelegenheiten die Nicht-Teilnahme an einer Abstimmung als Votum für die Beibehaltung des status quo gewertet würde?

### Ein Bärendienst auch für die Kirche

In allen kulturpolitischen Lagern ist man sich inzwischen darüber im klaren, dass der status quo - die Zersplitterung des Schulwesens nach Konfessionen - jedenfalls dort das ärgste Kennzeichen der Landschulreform darstellt, wo die Zusammenlegung von Schulen notwendigerweise zu stärkerer konfessioneller Mischung führt. Deshalb plädierte im Juli dieses Jahres auch der Referent im bildungspolitischen Arbeitskreis des 8. Deutschen Katholikentages: "In den Fällen, in denen die Beibehaltung der Bekenntnisschule zu Schwierigkeiten mit dem Minderheitsinteresse führt, werden wir selbst, um unserer christlichen Glaubwürdigkeit willen, oft genug davon absehen müssen, unsere Mehrheit einfach auszunutzen". Auch der Münchener Kardinal Julius Döpfner hat ausdrücklich darauf verzichtet, von der im Konkordat enthaltenen Garantie wenig geübter katholischer Bekenntnisschulen fürderhin Gebrauch zu machen. Sollten also die CSU-Abgeordneten geglaubt haben, den Interessen der katholischen Kirche auf ihre Weise einen Dienst zu erweisen, dann müssen sie sich sagen lassen, dass man dort die Entwicklung zu einer offeneren Haltung in der Schulfrage allgemein und gegenüber der Gemeinschaftsschule im besonderen bereits zu ernsthaft diskutiert, um für listenreiche Manipulationen des Elternwillens noch Interesse zu haben.

In Bamberg hieß es: "Wer einer politischen Partei heute zuzunehmen wollte, eine allgemein für richtig erachtete organisatorische Neugestaltung von Bildungseinrichtungen auch nur auf längere Zeit zu blockieren, indem er sich einer Anpassung von Gesetzes- oder auch von Verfassungsnormen an neue Sozialbedingungen widersetzt, begeht schlicht gesagt - politische Dornschrotterrie." Was aber tut der, der sich über das Verlangen der SPD hinwegsetzt, die Schulabstimmungen von denen entscheiden zu lassen, die sich tatsächlich an ihnen beteiligen? Er diskreditiert das demokratische Prinzip der Wahl. Sollte die CSU dafür kein Organ haben, dann könnte sie ebensogut eine Verfassungsänderung anstreben, in der es heißt: "Der Freistaat Bayern wird von der CSU regiert, bis sich auch die Nichtwähler dagegen ausgesprochen haben".

Es ist zu hoffen, dass diejenigen, die am 20. November mit ihrem Stimmzettel die künftige bayerische Politik bestimmen, auch einen besseren politischen Stil im Münchener Maximilianeum einziehen lassen.

Bonner Geschenke

Die traurige Historie von der gesundheitsministeriellen Schifffahrt...

Von Dr. Udo Klein, MdB

Christdemokrat Schwarz, Weiland, Bundesernährungsminister, unternahm im Spätsommer des Jahres 1965 eine offizielle Besuchsreise nach Indonesien. Mit ministeriellen Fleißarbeiten über das Land im allgemeinen und die politische Gesinnung seiner Bewohner im besonderen wohl ausgerüstet, hatte der prominente Reisende aus Bonn zum 20. Unabhängigkeitstag Indonesiens am 17. August 1965 - wie bei solchen Anlässen üblich - auch ein Gastgeschenk bereit. Wo es viele unterentwickelte Inseln gibt, ist ein Ambulanzschiff vonnöten, so schlossen die Experten daheim, nachdem sie ein solches Geschenk als haushaltsmässig eben noch tragbar, humanitär-publizistisch jedoch für die Bundesrepublik in Südostasien als ausserordentlich vorteilhaft beurteilt hatten.

Die so Bedachten empfanden allerdings diese wohlgemeinte Geste deutscher Hilfsbereitschaft zwar als sehr beachtenswert, jedoch nicht als überaus sinnvoll. Zwei kleinere Boote anstatt des großen würden bessere Dienste tun, liessen sie durchblicken, und sie wähten, dass diese leichte Korrektur des noblen Gastgeschenks in Bonn auf verständnisvolle Zustimmung stoßen würde. Vom Rheine her aber kamen keine Nachrichten; der Besucher war abgereist, die Geschenkkurkunde lag im indonesischen Gesundheitsministerium auf "Wiedervorlage in sechs Monaten". Nach Ablauf dieser Frist und in leichter Unruhe über das Schicksal des bundesdeutschen Gastgeschenks, sowie eingedenk der maritimen Unerfahrenheit seiner Kollegin am Rhein - wie sich beim Hospitalschiff für Vietnam gezeigt hatte - entschloss sich der indonesische Gesundheitsminister zur Tat. Er liess nunmehr förmlich seine Ansicht wissen, dass ein grosses Schiff für die Versorgung der Fluss- und Bschungelgebiete unzweckmässig wäre, statt dessen aber zwei kleinere Boote weit bessere Dienste leisten könnten.

Der Draht zum Rhein aber war offenbar abgerissen, Bonn antwortete nicht; irmerhin, durch solcherlei unliebsame Erinnerungen aus dem fernem Djakarta leicht getroffen, begannen die Oberregierungsräte daheim, jederzeit um Entscheidungshilfe für ihren Minister bemüht, mit neuen Aktenvermerken. Das Ergebnis solcher erneuter ministerieller Denkarbeit wurde endlich am 2. Juni 1966 offenbar, es war ebenso überraschend wie originell; Ungeachtet der Geschenkkurkunde, so meinten die Ministerialen, solle zwar kein grosses Schiff, dafür aber ein kleines geliefert werden, denn die Haushaltlage habe sich im Vergleich zu der Zeit vor den Wahlen nunmehr erheblich verschlechtert. Das war einleuchtend. Die solchermassen Reduzierten in Djakarta sollten durch eine höfliche Verbalsnote unterrichtet werden; ein solches Dokument aber war dort bis Mitte August immer noch nicht eingetroffen, weil am Rhein wegen der Ausstattung des Kleinbootes wieder einmal der negative Kompetenzkonflikt ausgebrochen war.

In Djakarta indessen reiben sich die Leute der dortigen Zonenvertretung die Hände, auch sie werben intensiv für Deutschland, sehr geschickt, mit weniger Geld aber mit mehr Erfolg; er beruht nicht zuletzt auch darauf, dass die bundesadministrative Seefahrt keinen geraden Kurs hält und daher schon an kleinen Riffen Schiffbruch erleidet.

Auf Kosten Chinas

Moskau will seinen Einfluß im Mittleren Osten stärken

Von unserem Korrespondenten in Israel, J.E. Palmer

Die negativen Reaktionen, die die chinesische "Kulturrevolution" mit allen ihren Begleiterscheinungen hervorrief, versuchten die Russen im Mittleren Osten zu ihren Gunsten auszunutzen. Die arabischen Länder hatten wegen der besonders scharf antiisraelischen Haltung der Chinesen für Peking gewissen Sympathie gezeigt, und jetzt schien für die Sowjetunion der Moment gekommen, um die Chineser auszuschalten und die "fortschrittlichen" arabischen Länder wieder ins sowjetische Lager zu bringen. Der sowjetische Vizeaußenminister Semjonow trat kurz vor der Vollversammlung der UN eine Rundreise durch die wichtigsten arabischen Länder an und wollte sicherstellen, dass sie auch während der UN-Tagung mit Moskau zusammen gehen würden.

Dabei zeigte sich, daß es auch in Moskau anscheinend verschiedene außenpolitische Richtungen gibt. Die Mittelost-Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, die Semjonow einen guten Empfang in den arabischen Hauptstädten sichern wollte, ließ das Gastspiel des russischen Philharmonischen Orchesters in Israel und den Gegenbesuch des israelischen Orchesters in der Sowjetunion unter fadenscheinigen Vorwänden absagen. Als der israelische Außenminister Eban während der UN-Tagung mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammenkam, wußte dieser nichts von der Absage und versicherte seinem israelischen Kollegen, daß die Sowjetunion keine Absicht habe, zu einer scharf antiisraelischen Politik über zu gehen. Er erklärte vielmehr, daß die Sowjetunion in den arabischen Hauptstädten mäßigend wirken und die arabischen Politiker von Kriegsdrohung und Gewaltanwendung abbringen wolle. Der israelische Außenminister Eban nahm die Versprechungen Gromykos für bare Münze, und in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung beschäftigte er sich hauptsächlich mit Vietnam, während er dem Mittleren Osten und der arabischen Welt nur wenige Minuten widmete.

Inzwischen entfaltete Semjonow Aktivität in der arabischen Welt in seiner Weise. In Damaskus baten ihn die heutigen Machthaber um sofortige militärische und wirtschaftliche Hilfe, damit sie die Angriffe des "Zionismus und der Reaktion" abwehren könnten. Semjonow

stellte russische Hilfe in Aussicht, verlangte jedoch Erweiterung der arabischen Regierung durch Hinzuziehung pronasserischer Elemente. Die Syrer sollen während des Besuchs Semjonow seine meisten Bedingungen akzeptiert haben, aber wegen des chaotischen Zustandes in diesem Lande zögerten sie jedoch die Regierung zu erweitern. Inzwischen sollen sie bereits Abwehrraketen vom Typ "Sam" erhalten haben, ferner will Rußland sich an der Ausbeutung neuer entdeckter Erdöl-Vorkommen in Syrien beteiligen. Russische Hilfe in großem Umfange wird jedoch wohl erst nach Umbildung der Regierung in Frage kommen.

Semjonow besuchte dann auch Bagdad. Obwohl die Regierung des Irak in der Vergangenheit oft die einheimischen Kommunisten verfolgt hatte, erklärte Semjonow, er habe in den meisten Fragen "Übereinstimmung der Meinungen erzielen können". Der frühere irakische Ministerpräsident Dr. Bazaz hatte eine Annäherung eines Landes an den Westen erreichen wollen. Seit jedoch wieder das Militär oben auf ist, stehen die Beziehungen mit dem Ostblock erneut im Vordergrund.

Der russische Vize-Außenminister nahm auch mit Ägypten und Algerien Führung auf, die nach der sowjetischen Terminologie als "fortschrittliche arabische Staaten" angesehen werden. Überall fand er "offene Türen", aber der Weg zu einer wirklichen Zusammenfassung dieser "fortschrittlichen" Staaten in einem linken arabischen Block ist noch sehr weit. Ägypter möchte nämlich in einem derartigen Block die führende Rolle spielen. Im Moment findet die ägyptische Presse für das syrische Regime freundliche Worte, aber als die Syrer Ägypten dringend um Hilfe baten, wollten die Ägypter Flugzeugstaffeln nur dann nach Damaskus entsenden, wenn sie unter dem Kommando ägyptischer Offiziere bleiben würden. Das lehnten die Syrer ab, weil sie Bildung eines "Staates im Staate" und Anbahnung ägyptischer Vorherrschaft fürchteten. Die gleichen Empfindungen bestehen in Algerien, und Colonel Boumedienne will von einer Unterordnung unter Nasser nichts wissen. Bis auf weiteres wird daher die Sowjetunion auf jeden der "fortschrittlichen" arabischen Staaten einzeln Einfluß ausüben können, dagegen stehen der Bildung eines Blocks noch sehr wesentliche Hindernisse entgegen.